

Protokoll

Einwohnerrat Zofingen

Amtsperiode 2018–2021

3. Sitzung 2021

Datum	Montag, 13. September 2021
Zeit	18.00 – 20.00 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz Protokollführer	Barbara Willisegger, Ratspräsidentin Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber
Anwesend	36 Mitglieder des Einwohnerrats Dr. Mischa Berner (glp), Einwohnerrat Dr. Adrian Borer (glp), Einwohnerrat ⁵ Salome Fankhauser (SP), Einwohnerrätin Maja Freiermuth (FDP), Einwohnerrätin ⁴ Rudolf Günthardt (FDP), Einwohnerrat ⁴ Gian Guyer (Grüne/Alternative), Einwohnerrat Attila Gygax (glp), Einwohnerrat Daniel Gygax (FDP), Einwohnerrat Stéphanie Hagmann (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Liliane Hofer (SP), Einwohnerrätin ^{4, 5} Viviane Hösli (SP), Einwohnerrätin Matthias Hostettler (Grüne/Alternative), Einwohnerrat ^{4, 5} Dr. Tobias Hottiger (FDP), Einwohnerrat ⁵ Irma Jordi (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin Marija Jurisic (Grüne/Alternative), Einwohnerrätin Thomas Keller (FDP), Einwohnerrat Dr. André Kirchhofer (FDP), Einwohnerrat Franziska Kremer (SP), Einwohnerrätin Nadia Kuhn (SVP), Einwohnerrätin Yvonne Lehmann (SP), Einwohnerrätin Raphael Lerch (SVP), Einwohnerrat ⁴ Marco Negri (SVP), Einwohnerrat ⁴ Dr. Christian Nöthiger (SP), Einwohnerrat ² Sandra Olar (SP), Einwohnerrätin (späteres Eintreffen) Dr. Andrea Plüss-Bernhard (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin ³ Elmar Rollwage (glp), Einwohnerrat

René Schindler (SVP), Einwohnerrat
Claudia Schürch-Meder (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin⁵
Yolanda Senn Ammann (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Dr. Anders Sjöberg (glp), Einwohnerrat⁴
Pascal Stenz (FDP), Einwohnerrat³
Michael Wacker (SP), Einwohnerrat⁴
Robert Weishaupt (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat⁴
Barbara Willisegger (SVP), Einwohnerrätin¹
Martin Willisegger (SVP), Einwohnerrat
Béatrice Zinniker (FDP), Einwohnerrätin

Entschuldigt

Markus Gfeller (SVP), Einwohnerrat
Oliver Maurer (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat
Yves Studer (SVP), Einwohnerrat
Moritz Weber (SVP), Einwohnerrat⁵

Legende

¹Präsidentin
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in
⁴Mitglied FGPK
⁵Fraktionspräsident/in

Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 11. Oktober 2021 auf www.zofingen.ch

Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	357
2. Einbürgerungen GK 187–191 <i>Hinweis: 90 Tage nach der Sitzung werden die veröffentlichten Personendaten der gesuchstellenden Personen entfernt (§ 5 KBüV).</i>	357
3. Reglemente GK 192 Bibliotheksreglement GK 193 Teilrevision Bauzonen- und Kulturlandplan, Belassen von § 4b Abs. 4 BNO	359
4. Parlamentarische Vorstösse GK 165 Postulat der Grünen vom 23. November 2020 betreffend Erstellen eines Baumkonzepts; Hal- tung Stadtrat GK 185 Interpellation der EVP-Die Mitte vom 22. März 2021 betreffend Neubesetzung und strategische Führung Seniorenzentrum Zofingen; Beantwortung Stadtrat GK 186 Interpellation der EVP-Die Mitte vom 22. März 2021 betreffend Homeoffice und Raumbedarf Verwaltung; Beantwortung Stadtrat	362
5. Umfrage	366

Traktandum 1 – Begrüssung / Mitteilungen

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Die Ratspräsidentin begrüsst alle Anwesenden zur 3. Sitzung im Jahr 2021.

Die Präsidentin erläutert den Ablauf im Rat in Bezug auf die geltenden Corona-Vorschriften (gleiches Schutzkonzept wie an der letzten Sitzung). Auf die kommende Sitzung hin wird die Maskenpflicht überprüft. Eine Pause wird je nach zeitlichem Verlauf der Sitzung flexibel angesetzt. Getränke stehen in Selbstbedienung während der ganzen Sitzung zur Verfügung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Für die heutige Sitzung haben sich Markus Gfeller (SVP), Oliver Maurer (EVP-Die Mitte), Yves Studer (SVP) und Moritz Weber (SVP) entschuldigt. Sandra Olar (SP) trifft etwas später ein.

Der Rat ist zu Beginn **mit 35, nach Eintreffen von Sandra Olar mit 36 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 21. Juni 2021** wurde am 28. Juli 2021 verschickt. Die 10-tägige Frist für Änderungs- und Ergänzungsbegehren lief am 9. August 2021 ab. Innerhalb der Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen.

Tischauflagen sind keine zu vermelden.

Die Einwohnerratspräsidentin gratuliert der Familie von Caroline und Tobias Hottiger zur Geburt der Tochter Valentina Diana anfangs August und überbringt die Glückwünsche des Einwohnerrats zusammen mit einem Gutschein.

Die Einwohnerratspräsidentin gibt den Hinschied von Josef Kuhn bekannt und bittet zum Gedenken um eine kurze Schweigeminute.

Sandra Olar (SP) ist in der Zwischenzeit eingetroffen. Der Rat ist mit 36 Mitgliedern beschlussfähig.

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat von Irma Jordi (EVP-Die Mitte) betreffend "Begehbare Altstadt für alle"
- Postulat von Michael Wacker (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Erhöhung der Verkehrssicherheit bei der Unterführung Strengelbacherstrasse K233" mit Antrag auf sofortige Behandlung.

Die sofortige Behandlung wird mit 33 Ja-Stimmen gutgeheissen. Die Beratung und Abstimmung über die Überweisung des Postulats erfolgt am Schluss der traktandierten Geschäfte.

Traktandum 2 – Einbürgerungen

GK 187–191

Eintreten ist nicht bestritten.

Rudolf Günthardt, Referent FGPK

Die Prüfungen und Gespräche der Einbürgerungskommission wurden wie immer exakt und seriös durchgeführt. Die FGPK folgt dem stadträtlichen Antrag einstimmig und bittet den Rat um Zustimmung zu den Einbürgerungsgesuchen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

GK 187

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen zugestimmt.

GK 188

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 189

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 190

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 191

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

Traktandum 3 – Reglemente

GK 192

Bibliotheksreglement

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Das Geschäft wurde vom Einwohnerrat an den Stadtrat zurückgewiesen, weil zu viele Fragen offen waren. Nun liegt das Geschäft nach einer Vernehmlassung überarbeitet wieder zum Beschluss vor.

Eintreten ist nicht bestritten.

Marija Jurisic, Referentin FGPK

Bereits im März wurde das Geschäft behandelt. Nach der Rückweisung wurde das Geschäft überarbeitet und das Bibliotheksreglement inhaltlich vereinfacht. Die FGPK empfiehlt das Geschäft nun zur Annahme.

Mischa Berner, Fraktionsvotum (glp)

Das neu vorgelegte Geschäft zeigt, dass saubere Arbeit geleistet wurde. Das Reglement füllt eine Lücke, da die Nutzung der Bibliothek momentan nicht gesetzlich geregelt ist. Der Einwohnerrat regelt den Rahmen, der Stadtrat die Details. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Claudia Schürch-Meder, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Auch unsere Fraktion stimmt dem Geschäft zu und hofft, dass keine Grundsatzdiskussion über ein paar Franken Gebühren mehr stattfindet. Der vorgeschlagene Rahmen ist pragmatisch und sinnvoll.

Thomas Keller, Fraktionsvotum (FDP)

Auch die FDP ist mit der Überarbeitung einverstanden. Der engere Gebührenrahmen ist positiv zu werten, so wie auch die tieferen Gebühren für die in Zofingen wohnhaften Personen. Die Fraktion stimmt einstimmig zu.

Lilian Hofer, Fraktionsvotum (SP)

Die Stadtbibliothek hat ein qualitativ hochstehendes und vielfältiges Angebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Ein breit gefächertes Buchbestand und ein diversifiziertes Angebot an e-Medien trägt zur Standortattraktivität bei. Die SP stimmt dem Antrag des Stadtrats zu. Gemäss Budget 2022 sinken mit den neuen Gebühren die Nettoaufwände um ca. CHF 100'000 gegenüber der Rechnung 2020. Die Mittel sind sehr gut investiert. Die Fraktion ist kein Freund von internen Verrechnungen. Zur Kostentransparenz und externen Verrechnung sind diese aber nötig. Ein Familienabonnement wäre wünschenswert gewesen, die aufgeführten administrativen Gründe dagegen sind aber nachvollziehbar. Die Fraktion dankt dem Bibliotheksteam für das grosse Engagement und die täglich geleistete Arbeit.

Raphael Lerch, Fraktionsvotum (SVP)

Auch die SVP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu. Befremdend ist aber das Minus von ca. CHF 800'000 pro Jahr. Hier wird viel Geld ausgegeben.

Christiane Guyer, Stadträtin

Dankt für die positive Aufnahme des Geschäfts und die wertschätzenden Voten. Die Bibliothek ist mit den neuesten Corona-Regeln wiederum stark gefordert. Die Mitarbeitenden zeigen sich flexibel und innovativ, um möglichst viele Medien stets zugänglich zu halten. Die Kosten der Bibliothek sind in den Augen des Stadtrats gut investiert. Das Lesen wird gefördert. Dazu sind finanzielle Mittel nötig. In den knapp CHF 800'000 sind nebst dem Betrieb der Bibliothek auch das Stadtarchiv mit dem historischen Bestand enthalten.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Das Bibliotheksreglement der Stadtbibliothek Zofingen sei zu genehmigen und per 1. November 2021 in Kraft zu setzen.

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt.

GK 193

Teilrevision Bauzonen- und Kulturlandplan, Belassen von § 4b Abs. 4 BNO

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Der Einwohnerrat hat § 4b Abs. 4 BNO an der Sitzung vom 18. März 2019 gestrichen. Aufgrund einer Beschwerde eines Einwohners gegen die Streichung wird der Paragraph heute nochmals behandelt.

Eintreten ist nicht bestritten.

Mischa Berner, Referent Spezialkommission

Die Teilrevision der Nutzungsplanung hat eine bewegte und abwechslungsreiche Geschichte seit 2016 hinter sich. In der Vorlage ist die Geschichte im Detail aufgeführt. Letztlich wurde eine Beschwerde gutgeheissen, weshalb über den fraglichen § 4b Abs. 4 BNO nochmals befunden werden muss. Die Bestimmung bezweckt in erster Linie die Qualitätssicherung. Es ist durchaus eine Bestimmung, welche die Qualität unterstützt. Die Gegenmeinung ist der Auffassung, dass bereits genügend Hürden und Auflagen bestehen. Die Spezialkommission ist zum Schluss gekommen, den stadträtlichen Antrag zu unterstützen. Der Beschluss erfolgte einstimmig, bei zwei Abwesenheiten. Die BNO ist aktuell genehmigt. Wenn daran nichts mehr geändert wird, muss der Regierungsrat auch keine Genehmigung mehr erteilen.

Stéphanie Hagmann, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion EVP-Die Mitte folgt dem Antrag des Stadtrats. Es handelt sich um eine Kann-Vorschrift, welche fallweise angewendet werden kann. Es gibt genügend Flexibilität, auch wenn die Vorschrift nicht gestrichen wird.

Marco Negri, Fraktionsvotum (SVP)

Dass der damalige Antrag der SVP uns nochmals beschäftigt, hätte die Fraktion damals nicht gedacht. Trotz unterschiedlichen Auffassungen vertritt die Fraktion inhaltlich immer noch den gleichen Standpunkt, dass die Bestimmung gestrichen werden sollte. Die politische Meinung hat sich offenbar etwas geändert, die Mehrheit scheint die Bestimmung nicht erneut streichen zu wollen. Deshalb hat sich die Fraktion zur Stimmfreigabe resp. zu teilweiser Zustimmung bereit erklärt, um keine weiteren Verzögerungen zu riskieren. Die Fraktion weist aber darauf hin, dass mit der ausgedehnten Gestaltungsplanpflicht die Einflussnahme des Stadtrats massiv erhöht wurde. Schon die Pflicht zur Erstellung von Gestaltungsplänen gibt genügend Mittel zur Qualitätssicherung. Es sind nicht weniger als fünf Fachpersonen oder -gremien involviert, auch ohne Konkurrenzverfahren. Das Konkurrenzverfahren bringt nicht per se schönere oder bessere Resultate, benötigt aber zusätzlich Zeit und kostet mehr Geld. Der Input des Leserbriefschreibers ist richtig, es fallen höhere Kosten an. Die Kosten werden aber nicht, wie vom Leserbriefschreiber geschrieben, von den Investoren getragen, sondern von den Käufern oder Mietern. Der Stadtrat hätte auch ohne diesen Artikel genügend Handhabe zur Qualitätssicherung gehabt. Der Stadtrat wird beim Wort genommen, die Kann-Bestimmung zurückhaltend anzuwenden.

Christian Nöthiger, Fraktionsvotum (SP)

Die SP-Fraktion geht nicht den Weg des geringsten Widerstands. Schon bei der ersten Diskussion des Paragraphs hat die SP die Streichung abgelehnt. Heute stimmt die Fraktion dem Antrag des Stadtrats deshalb einstimmig zu.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Im Leserbrief, welcher im Zofinger Tagblatt erschienen ist, war eine Frage enthalten mit der Aufforderung, diese dem Stadtrat zu stellen. In diesem Sinne stelle ich nun diese Frage: Wieso hat der Stadtrat in dieser Debatte eine andere Haltung als in der letzten Debatte? Ich bin der Meinung, dass der Respekt den kritischen Stimmen gebietet und möchte Ihnen deshalb ein Wort erteilen und die Frage stellen. Hingegen bin ich dezidiert nicht der Meinung, dass in diesem Saal Klientelpolitik betrieben wird. Der Rat arbeitet gewissenhaft. Der Vorwurf der Protegierung von gewissen Personen, teilweise innerhalb von Familien, weise ich entschieden zurück.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Ich bin nicht ganz sicher, ob ich die Frage richtig verstanden habe. Der Stadtrat hat nicht plötzlich eine andere Haltung eingenommen. Schon in der ursprünglichen Vorlage hat der Stadtrat den fraglichen Paragraphen vorgeschlagen, nachdem die Spezialkommission dasselbe vorgeschlagen hatte. Im Einwohnerrat wurde dann die Streichung beantragt. Der Stadtrat hatte sich dagegen gewehrt, die Mehrheit des Einwohnerrats hat aber anders entschieden und die Streichung gutgeheissen. In der Folge hatte der Stadtrat den demokratischen Entscheid des Einwohnerrats im Beschwerdeverfahren zu vertreten. Dies ist die Aufgabe des Stadtrats. Wie schon in der ursprünglichen Vorlage schlägt der Stadtrat auch heute nun aber wieder vor, die Bestimmung beizubehalten. Der Stadtrat wird die Bestimmung sparsam und zurückhaltend einsetzen. Es gibt aus Erfahrung wenige Beispiele von Projekten, bei denen die Investoren mit den Architekten die geforderte Qualität nicht hinbekommen. In solchen Situationen ist es hilfreich, mittels Konkurrenzverfahren das Feld zu öffnen. Beispiele von realisierten Projekten mit regionalen oder kantonalen Architekten gibt es mehrere in Zofingen. Bis jetzt haben wir ein solches Instrument immer sparsam eingesetzt und werden dies auch zukünftig sparsam einsetzen.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Um ganz konkret zu werden und auf die Frage des Leserbriefes zu antworten: Warum steht der Stadtrat jetzt auf der Seite des Beschwerdeführers, indem er dem Einwohnerrat die Beibehaltung dieses Qualitätsartikels empfiehlt? Wie viele Anwaltskosten wurden der Anwaltskanzlei Voser für nichts zugeschoben? Obwohl ich mit der Frage im Grundsatz nicht einverstanden bin, soll, wie bereits erwähnt, die Frage aus Respekt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern beantwortet werden.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

Meist wird bei Revisionen von BNOs paketweise jeweils ein Kredit beantragt. In Zofingen wurden die Arbeiten aber im Rahmen des laufenden Geschäfts erarbeitet, ohne zusätzliche Kosten. Jedoch wurde eine juristische Begleitung für den Prozess in rechtlichen Fragen engagiert. Diese juristische Begleitung wurde im ganzen Verfahren durchgezogen, auch bei der eingegangenen Beschwerde. Die eingegangene Beschwerde hat letztlich CHF 5'500 gekostet. Ich erwähne aber gerne, dass im Zusammenhang mit der BNO und der unteren Vorstadt insgesamt 7 Verfahren mit 11 Beschwerden über die Instanzen behandelt werden mussten. Eine einzige Beschwerde wurde gutgeheissen. Die dafür aufgewendeten CHF 5'500 sind im Vergleich zu den Bemühungen insgesamt verschwindend klein. Der Stadtrat hat den Entscheid des Einwohnerrats letztlich umgesetzt und vertreten, nicht die Seite gewechselt.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Ich sehe das Konkurrenzverfahren entschieden anders als Marco Negri. Dieses Verfahren schafft effektiv bessere Qualität, siehe Beispiel Oberstufenzentrum. Ein Investor bekommt nie so günstig so viele verschiedene Inputs, wie im Konkurrenzverfahren. Dieses muss auch nicht international ausgeschrieben werden, es kann auf Einladung in der Region vergeben werden. Der Vorteil ist, ein genaues Programm und eine unabhängige Jury zu haben. Man ist frei von der Verwaltung und der Politik. Das Ziel der BNO, die höhere Qualität, kann so messbar gemacht werden. Am Schluss entscheidet der Markt, was zu welchen Kosten möglich ist. Nur wegen des Konkurrenzverfahrens wird kaum mehr verlangt werden können. Auch ohne Konkurrenzverfahren wird der Investor sowieso jeweils das Maximum verlangen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Auf eine erneute Streichung von § 4b Abs. 4 aus der BNO sei zu verzichten.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 31:3 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 4 – Parlamentarische Vorstösse

GK 165

Postulat von Gian Guyer (Grüne/Alternative) und Mitunterzeichnenden vom 23. November 2020 betreffend "Erstellen eines Baumkonzepts"; Haltung Stadtrat

Barbara Willisegger, Einwohnerratspräsidentin

Der Haltung des Stadtrats ist datiert vom 18. August 2021.

Gian Guyer, Einwohnerrat (Postulant)

Dankt dem Stadtrat für die gute Aufnahme des Postulats. Die laufende Erstellung des Katasters ist ein wichtiger Grundlagenschritt. Bäume fördern die Biodiversität und sind wichtig für das Klima und das Stadtbild. Mit einer weitsichtigen Planung kann der Baumbestand proaktiv gefördert und erhalten werden. Vieles wird schon umgesetzt. Das Konzept soll aber auch dem Einwohnerrat zur Kontrolle dienen. Die Unterhaltsarbeiten werden auch für die Öffentlichkeit sichtbar. Das Konzept braucht initiale Erstellungs- und periodische Überarbeitungskosten. Vieles kann mit den bestehenden Mitteln gemacht werden.

René Schindler, Einwohnerrat

Die SVP lehnt das Postulat einstimmig ab. Die Stadt verfügt über einen schönen Baumbestand. Das Postulat ist ein weiterer Regulator, der mehr Aufwand schafft. Es soll vermehrt die Eigenverantwortung der Grundeigentümer gefördert werden. Die BNO schafft dem Anliegen genügend Gehör. Ein gesunder Baumbestand muss gepflegt und gehegt werden. Das braucht Verjüngung, nicht Erhalt von alten Bäumen um jeden Preis. Die Unterhaltsarbeiten machen uns Sorge, wie bei den Bächen. Es wurde viel in Renaturierung investiert, aber die laufende Pflege und der Unterhalt sind bis heute nicht geregelt. Das Postulat soll abgelehnt werden.

Adrian Borer, Einwohnerrat

Die glp unterstützt das Konzept. Man muss den Begriff aber etwas relativieren. Das Wichtigste ist die Erstellung des Katasters. Es wird schon heute viel und gute Arbeit geleistet. Das Kataster ist ein wertvolles Hilfsmittel für die Unterhaltsarbeiten. Das Konzept selber ist unseres Erachtens nicht mehr so matchentscheidend, soll schlank gehalten werden und praxisorientiert sein.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Die EVP-Die Mitte ist etwas hin und her gerissen. Das Kataster ist eine wertvolle Vorarbeit. Der Bestand ist für die Stadt wichtig. Aber: Wenn für das Konzept wahnsinnig viele Ressourcen investiert werden müssten, ist die Fraktion dagegen. Es kann nicht sein, dass für das Papier für das Konzept Bäume gefällt werden müssen. Es muss schlank gehalten werden. Die Mehrheit der Fraktion ist für eine Überweisung.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ich bin selber seit Jahren Mitglied in der Natur- und Landschaftskommission. Der Stadt kann ich ein gutes bis sehr gutes Zeugnis im Umgang mit den Bäumen ausstellen. Fällungen passieren nur sehr zurückhaltend. Aber: Es gab in den letzten Jahren mehrere Abgänge von Bäumen, z. B. an der General-Guisan-Strasse. Was machen wir nun mit diesen Lücken? Setzen wir komplett neue Bäume oder füllen wir Lücken einfach wieder auf? Das schreit nach einem Konzept. Beispiel Henzmannstrasse: Warum wurden keine Bäume im T30 Perimeter gesetzt? Das schreit ebenfalls nach einem Konzept. Beispiel Private: Verschiedentlich sind Bäume ersatzlos verschwunden. Das schreit nach einem Konzept. Auch private Grundeigentümer können mit einem Konzept motiviert werden. Im stadträtlichen Bericht werden die Kosten und Aufwände aufgezeigt. Dann kann der Einwohnerrat seine Meinung immer noch kundtun. Die Fraktion ist aber der Meinung, dass das Konzept erstellt werden muss.

Pascal Stenz, Einwohnerrat

Die FDP steht hinter der Überweisung des Postulats. Die Erarbeitung des Konzepts ist sinnvoll, die Umsetzung wird aber entscheidend sein.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 27:6 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

GK 185

Interpellation der EVP-Die Mitte vom 22. März 2021 betreffend "Neubesetzung und strategische Führung Seniorenzentrum Zofingen"; Beantwortung Stadtrat

Barbara Willisegger, Einwohnerratspräsidentin

Die Beantwortung des Stadtrats ist datiert vom 30. Juni 2021.

Irma Jordi, Einwohnerrätin (Interpellantin)

Die persönliche Zufriedenheit spielt an sich keine Rolle. Die Beantwortung kommt teilweise arrogant daher, wenn geschrieben wird, dass der Einwohnerrat besser hinter dem Seniorenzentrum stehen müsse. Die Fraktion hat schon vor längerem eine andere Rechtsform verlangt. Wir wollen nun in die Zukunft schauen. Erst jetzt, angesichts des drohenden grossen Defizits, handelt der Stadtrat und geht die Strategie an. Die Fraktion hofft, dass dem neuen Leiter die nötigen strategischen Vorgaben gegeben werden, um das Seniorenzentrum auf Kurs zu bringen.

GK 186

Interpellation der EVP-Die Mitte vom 22. März 2021 betreffend "Homeoffice und Raumbedarf Verwaltung"; Beantwortung Stadtrat

Barbara Willisegger, Einwohnerratspräsidentin

Die Beantwortung des Stadtrats ist datiert vom 4. August 2021.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin (Interpellantin)

Ist mit der Antwort zufrieden und dankt für die Ausführungen. Die Antwort zeigt sehr gut auf, wo die Stadtverwaltung steht. Ein zahlenbasiertes Monitoring-System wäre gut. Der Handlungsbedarf wird in der IT-Strategie angegangen. Schön aufgezeigt wurden die kulturellen Aspekte.

GK 204

Postulat von Michael Wacker (SP) und Mitunterzeichnenden vom 13. September 2021 (sofortige Behandlung) betreffend "Erhöhung der Verkehrssicherheit bei der Unterführung Strengelbacherstrasse K233"

Michael Wacker, Einwohnerrat (Postulant)

Die Unterführung Strengelbacherstrasse war schon mehrfach wegen Unfällen Thema im Rat. Nach den letzten Unfällen hat sich herausgestellt, dass der Stadtrat schon mehrfach beim Kanton vorstellig geworden ist. Das Postulat soll als zusätzliche Schützenhilfe die Dringlichkeit des Anliegens unterstützen. Den anwesenden Grossratsmitgliedern ist freigestellt, auch beim zuständigen Departementsvorsteher des Kantons vorstellig zu werden. Der Einwohnerrat kann sich "seines Gewissens entledigen", indem er das Postulat unterstützt. Es soll niemand behaupten können, man hätte nichts gewusst. Deshalb soll das Postulat überwiesen werden.

Andreas Rügger, Stadtrat

Im Postulat wird richtig ausgeführt, dass der Kanton zuständig ist, und dass der Stadtrat bereits mehrfach beim Kanton interveniert hat. Aufgrund der fehlenden Breite der Unterführung sind Massnahmen schwierig zu treffen. Eine bauliche Trennung der Verkehrsträger ist fast nicht möglich. Bauliche Massnahmen müssen vom Kanton getroffen werden. Der Stadtrat ist trotz mehreren Gesprächen mit dem Kanton der Meinung, dass es viel zu langsam geht. Aktuell sind offenbar Massnahmen beim Kanton in Prüfung. Der Stadtrat ist um den Support aus dem Einwohnerrat froh. Für den Stadtrat ist es auch kein Problem, wenn die Grossratsmitglieder sich ebenfalls engagieren. Gewisse Gefahrenstellen, wie z. B. wegen der nötigen Sichtzonen wieder demontierte Absturzsicherungen oder Randsteine, die für Sehbehinderte als Orientierung wichtig sind, sind wohl nur schwer zu beseitigen. Auch an anderen Gefahrenstellen, wie z. B. der Henzmannstrasse, wurden Massnahmen zur Entschärfung getroffen. An anderen Stellen wurden Barrieren installiert, was aber auch wieder zu Unfällen geführt hat (Einhängen mit Velopedalen) und teilweise nicht sehr praktisch ist (Veloanhänger). Bauliche Massnahmen sind also auch nicht immer der Weisheit letzter Schluss. Es wird "etwas von allem" brauchen. Die Stadt Zofingen kann als Beitrag eine Kampagne starten, wie z. B. Thun dies auch schon getan hat. Mit verschiedenen Organisationen und dem Gewerbe sollen spezifische Gebiete mit den Massnahmen bespielt werden. Thun hat Regeln aufgestellt, die generell gelten. Wo Fussgänger gehen, haben diese Vortritt. Beim Überholen muss Abstand gehalten werden. In Fussgängerzonen soll das Velo geschoben oder nur im Schrittempo bewegt werden. Es gibt nicht nur Probleme in Unterführungen, sondern überall, wo sich verschiedene Verkehrsträger begegnen. Der Stadtrat ist froh, wenn das Postulat überwiesen wird.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Ist froh, wenn nach drei Jahren gesagt wird, was die Stadt machen kann. Dankt für die Überweisung des Postulats. Sie ist sprachlos, das Vertrauen in das Ressort und in den Kanton ist angeschlagen. Irgendjemand erzählt nicht die Wahrheit. Z. B. die erwähnte Forderung nach einer Aufnahme in das Unfall-Hotspot-Monitoring. Ohne Unfallstatistik wird man aber gar nicht in dieses Monitoring aufgenommen. Zahlen fehlen vorliegend. Es meldet sich ja niemand bei der Polizei, der selbst verunfallt ist. Es wurde zudem versprochen, die Interventionen der Stadt beim Kanton aufzuzeigen. Ich habe leider nichts bekommen. Deshalb habe ich ein langes Gespräch mit einer verantwortlichen Person beim Kanton geführt. Dort hiess es, dass ein konkretes Schreiben erst nach dem letzten Unfall eingegangen sei, vorher aber nur lose Gespräche seitens Stadt stattgefunden hätten. Auch die gelieferten Bilder, welche gemäss Ressort Tiefbau an den Kanton übermittelt worden seien, sind beim Kanton nicht vorhanden. Ich bin sprachlos.

Andreas Rügger, Stadtrat

Wir wussten nicht, dass man nur mit Unfallstatistik in das Hotspot-Monitoring aufgenommen wird. Die Stadt führt selber keine Unfallstatistik. Die Zusammenstellung der Interventionen ist noch nicht fertiggestellt, es lief sehr viel. Sie wird aber nachgeliefert. Die verlangten Massnahmen wurden direkt beim Kantonsingenieur anlässlich der halbjährlichen Treffen in Zofingen deponiert. Die Unterführung war bisher jedes Mal ein Thema, was auch so protokolliert wurde. Dem wird nachgegangen. Die Weiterleitung der Fotodokumentation an den Kanton wird nochmals geprüft. Falls sie wirklich nicht verschickt wurde, entschuldige ich mich in aller Form.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Ich bin jetzt auch gerade etwas sprachlos. Ich fahre die Strecke jeden Tag, kenne also die kritischen Stellen. Die geschehenen Unfälle tun mir leid. Ich fordere den Stadtrat auf, schon morgen Vormittag z. B. ein Fahrverbot für Velofahrer zu installieren, bis die Fragen zwischen den Verwaltungen geklärt sind.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Das Postulat wird mit 34 Ja-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Die Vorstösse sind auf www.zofingen.ch abrufbar.

Traktandum 5 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Schützenstrasse: Es werden mehrfach grosse Fahrzeuge (Militär) auf dem Trottoir abgestellt, auch über den Mittag (Schulweg). Ist man sich dieser Situation bewusst? Geht die Polizei kontrollieren? Wer ist genau zuständig?

Christiane Guyer, Stadträtin

Unser Quartiermeister, Reto Graber, ist mit den Truppen in Kontakt. Das Nebeneinander, insbesondere mit der Schule, ist wichtig. Es gibt Verhaltensregeln für das Militär, welche ausgeschafft wurden und abgegeben werden. Natürlich funktioniert es nicht immer. Die Reaktionszeiten sind aber kurz, so auch letzte Woche.

Adrian Borer, Einwohnerrat

An der letzten Sitzung wurde die Motion zur Änderung der Rechtsform des Seniorenzentrums überwiesen. Auf die Dringlichkeit wurde bewusst verzichtet. Die Motionäre erwarten, dass das Geschäft schnell behandelt wird. Wann ist dies der Fall?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Der parlamentarische Vorstoss ist für November geplant. Der Stadtrat hat sich Gedanken für eine Verbesserung der strategischen Führung gemacht. Die Massnahmen werden in Kürze kommuniziert.

Irma Jordi, Einwohnerrätin

Coronabedingt durften verschiedene Restaurants Mobiliar in der Altstadt aufstellen, teilweise keine schönen Exemplare. Ist geplant, das Altstadtbild wieder "herzustellen"?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Wir waren letztes Jahr wegen Corona sehr zurückhaltend. Das Thema müssen wir aber wieder angehen. Auf die nächste Saison hin soll das Bild korrigiert werden.

René Schindler, Einwohnerrat

Wie ist der Stand bei der Mühlethalstrasse?

Andreas Rügger, Stadtrat

Das Projekt läuft unter Federführung des Kantons. Es ist noch eine Einsprache hängig. Der Kanton muss nun auf den Einsprecher zugehen. Dies ist noch nicht geschehen. Die Stadt Zofingen ist aber nicht unglücklich über die Verzögerung, weil mit dem neuen Strassengesetz ein geringerer Kostenteil auf die Stadt Zofingen entfällt. Ausserdem muss das Projekt mit Uerkheim abgestimmt werden, sodass nicht mehrere Baustellen auf der gleichen Achse sind. Auch mit der Unteren Vorstadt muss koordiniert werden. Sofern es noch länger dauert, muss der Kanton vermehrt Unterhalt leisten.

Pascal Stenz, Einwohnerrat

Der Lindenhof Oftringen scheint Senioren in Zofingen mit einer grossen Werbeoffensive abwerben zu wollen. Was sind die aktuellsten Marketingmassnahmen des Seniorenzentrums?

Rahela Syed, Stadträtin

Es finden persönliche Treffen mit zuweisenden Institutionen statt, positive News werden kommuniziert und mit der Nachbarschaft Kontakt gesucht. Es wird eine Broschüre über das Seniorenzentrum erstellt und aktuell wird das Drive-In betrieben, um auf das Seniorenzentrum aufmerksam zu machen.

Rudolph Günthardt, Einwohnerrat

Die T20-Zone gefällt mir sehr gut, sie ist aber schlecht signalisiert. Ausserdem ist die Hintere Hauptgasse immer noch eine "Rennbahn", wenn keine Autos parkiert sind. Was ist bei der Gestaltung der Begegnungszone geplant?

Andreas Rügger, Stadtrat

Der Stadtrat hat zusätzliche Markierungen bei den Stadteingängen beschlossen. Es liegt auch eine Eingabe wegen ausgesprochenen Bussen vor. Dabei wurde moniert, dass die bestehenden Signalisationen rechtlich nicht korrekt seien. Diesbezüglich ist der Stadtrat anderer Ansicht.

Gian Guyer, Einwohnerrat

Das Naturama hat ein Projekt Klimaoase. Viele Gemeinden haben bereits mitgemacht. Hat die Stadt Zofingen auch Interesse an einer Teilnahme?

Peter Siegrist, Stadtrat

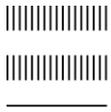
Das Thema ist bei der Fachstelle Natur und Landschaft bekannt und wird angeschaut. Die Ressourcen sind aber begrenzt.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Bei verschiedenen Anfragen an die Stadt hört man einfach nichts. Kundenfreundlichkeit sollte das oberste Credo sein. Warum ist es in Zofingen nicht möglich, eine kurze Empfangsbestätigung an die Bürgerinnen und Bürger zu senden?

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

Der Hinweis ist richtig, es wird noch zu wenig gemacht. Eigentlich wäre es in den Abläufen Standard, wenn Anfragen in Briefform bei der Kanzlei eingehen. Nicht immer aber bei Mailanfragen. Manchmal – gebe ich zu – fallen gewisse Bestätigungen schwer, sind aber aufgrund des Anstands geschuldet.



Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Wir haben zugegebenermassen unterschiedliche Standards. Das müssen wir verbessern. Teilweise landen Anfragen völlig am falschen Ort. Der beste Eingangspunkt ist die Stadtkanzlei. Normalerweise erfolgt direkt eine Eingangsbestätigung, und das Anliegen wird an die zuständige Stelle weitergeleitet. Ich selber bekomme täglich teilweise über 100 Mails. Da bleibt teilweise etwas liegen. Wir werden daran arbeiten.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Beim Aargauerplatz wurde eine Versickerungsanlage erstellt. Der Brunnen hat aber immer noch Prostata. Der Hahn ist offensichtlich kaputt. Braucht es für den Ersatz einen Budgetkredit? Bei der Baustelle am Bahnhofplatz wurde die Mittelinsel des Fussgängers entfernt. Mit den vielen Abschränkungen und Signalen ist die Situation gefährlich. Wann wird das bereinigt und wer ist zuständig?

Andreas Rügger, Stadtrat

Bezüglich Versickerung wird mit dem Werkhof und der StWZ Kontakt aufgenommen. Der Hinweis zum Bahnhofplatz konnte noch nicht umgesetzt werden. Die Signalisation muss bereinigt werden. Dies steht noch aus.

Elmar Rollwage, Einwohnerrat

Wenn die Gefahrensituation Strengelbacherstrasse mit dem Kanton angeschaut wird, soll auch die Schulwegsicherheit auf der weiteren Strecke bis zum BZZ angeschaut werden. Auch beim Kunsthaus gibt es gefährliche Situationen, teilweise unter den Augen der Regionalpolizei.

Andreas Rügger, Stadtrat

Die Verkehrssicherheit auf der weiteren Strecke zum BZZ war bereits Gegenstand einer Videokonferenz mit dem Baudirektor und dem Kantonsingenieur. Es wird ein Gutachten erstellt, ob erstmalig im Kanton auf einer Kantonsstrasse, eventuell temporär, T30 signalisiert werden kann. Es wäre für den Aargau ein Novum. Je nach Ausgang des Gutachtens wird Zofingen zum ersten Mal einen Versuch mit T30 einführen können. Es ist uns bewusst, dass auch an anderen Stellen auf dem Strassennetz gefährliche Situationen bestehen und Massnahmen nötig sind.

Christiane Guyer, Stadträtin

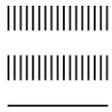
Um die Schulhäuser sind polizeiliche Hotspots definiert. Es werden auch spezifische Kampagnen gefahren.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Bezüglich T30 auf Kantonsstrassen habe ich im kantonalen Parlament selber schon einen Vorstoss lanciert, welcher negativ beantwortet wurde. Wir haben nun direkt das Gespräch mit dem Baudirektor gesucht, was erfolgreich war. Es wird morgen ein erneuter Vorstoss im Grossen Rat eingereicht. Der Druck auf das Baudepartement wird zunehmen. Wir sind zuversichtlich.

Barbara Willisegger, Ratspräsidentin

Die Präsidentin dankt für die konstruktiven Diskussionen, weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 25. Oktober 2021 und auf die anstehenden Gesamterneuerungswahlen hin, und schliesst die Sitzung um 20.00 Uhr.



Zofingen, 11. Oktober 2021

EINWOHNERRAT ZOFINGEN


Barbara Willisegger
Ratspräsidentin


Dr. Fabian Humbel
Protokollführer